



Wortprotokoll

Der 2. Sitzung vom 11. Jänner 1984

Resoconto integrale

della seduta n. 2 dell'11 gennaio 1984

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 2. SITZUNG
11.1.1984

INDICE

Comunicazione dei nominativi dei membri della Commissione per il Regolamento interno del Consiglio provinciale pag. 3

Determinazione del numero delle Commissioni legislative e del numero dei loro membri pag. 4

Nomina dei membri delle Commissioni legislative pag. 11

Nomina di un consigliere provinciale facente parte della minoranza del gruppo linguistico tedesco a membro del collegio dei revisori in seno all'Ufficio provinciale per il turismo (art. 44 L.P. 6.9.1975, n.41) pag. 18

Delibera della Giunta provinciale n.6993: "Corte Costituzionale - Impugnazione dell'art. 11, X comma, del D.L. 12.9.1983, n.463, convertito in legge 11.11.1983, n.638, concernente "Misure urgenti in materia previdenziale e sanitaria e per il contenimento della spesa pubblica, disposizioni per vari settori della pubblica amministrazione e proroga di taluni termini" - Conferimento d'incarico al Prof. Adv.Giuseppe Guarino di Roma . . pag. 19

INHALTSANGABE

Mitteilung der Namen der Mitglieder der Kommission für die Geschäftsordnung des Südtiroler LandtagesSeite 3

Festsetzung der Anzahl der Gesetzgebungskommissionen und ihrer Mitglieder. .Seite 4

Bestellung der Mitglieder der Gesetzgebungskommissionen Seite 11

Ernennung eines Landtagsabgeordneten zum Mitglied des Kollegiums der Rechnungsprüfer des Landesverkehrsamtes, welcher der deutschsprachigen Minderheit angehört (Art. 44 des L.G. 6.9.1976, Nr. 41).Seite 18

Beschluß des Landesausschusses Nr.6993: Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Art.11, zehnter Absatz, des Notverordnung Nr.463 vom 12.9.1983, umgewandelt ins Gesetz Nr.638 vom 11.11.1983, betreffend "Dringlichkeitsmaßnahmen im Sozialvorsorge- und Gesundheitsbereich und zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, sowie Bestimmungen für verschiedene Bereiche der öffentlichen Verwaltung und Verlängerung einiger Termine" - Auftragserteilung an Prof.Adv.Giuseppe Guarino aus RomSeite 19

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ERICH ACHMÜLLER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

ORE 9.30 UHR

(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich ersuche um die Verlesung des Sitzungsprotokolles.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände erhoben werden, so gilt das Protokoll als genehmigt.

Mitteilungen des Präsidiums: Die Abgeordneten D'Ambrosio und Barbiero haben einen Gesetzentwurf eingebracht: Nr.1/83: "Änderungen zum Absatz 1 des Art. 29 des L.G. vom 3. Juli 1959, Nr. 6".

Weiters wurde ein Beschlusantrag eingebracht: Nr.1/83 (D'Ambrosio, Barbiero) betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission im Sinne des Art. 16 der Geschäftsordnung über die Genossenschaften "Gemeinschaft Mariaheim/Neustift", "Kuratorium Schloß Prösels" und "Heinrich von Stuck".

Es wurden auch 3 Anfragen eingebracht: Nr.1/83 (Mitolo, Montali), betreffend die Therapiegemeinschaft für Drogenabhängige; Nr.2/84 (D'Ambrosio, Barbiero), betreffend das Areal des früheren Krankenhauses von Bozen; Nr.3/84 (Boesso), betreffend den Schatzamtsdienst des Landes.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Abg.en Benedikter und Ferretti.

Punt 1 der Tagesordnung: "Mitteilung der Namen der Mitglieder der Kommission für die Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages".

Punto 1) all'ordine del giorno: "Comunicazione dei nominativi della Commissione per il Regolamento interno del Consiglio provinciale".

Im Sinne des Art. 7, welcher folgendes vorsieht: "In der seiner Bestellung nächstfolgenden Sitzung teilt der Präsident nach Anhörung der Fraktionssprecher des Landtages diesem die Namen jener Landtagsabgeordneten mit, die er zu Mitgliedern der Kommission für die Geschäftsordnung beruft. Diese Kommission besteht aus 5 Landtagsabgeordneten sowie dem Präsidenten des Landtages als Vorsitzenden, wobei zwei Mitglieder

der politischen Minderheit angehören. Es steht den Kommissionsmitgliedern frei, sich von einem Kollegen vertreten zu lassen, wobei jedoch der Kommissionsvorsitzende davon in Kenntnis zu setzen ist."

Nun, im Sinne dieses eben zitierten Art. 7 habe ich nach vorheriger Anhörung der Fraktionsvorsitzenden, die in der gestrigen Sitzung erfolgt ist, folgende Abgeordneten zu Mitgliedern der Kommission für die Geschäftsordnung des Landtages berufen: Balzarini, Kaserer, Meraner, Mitolo und Zingerle.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung: "Festsetzung der Anzahl der Gesetzgebungskommissionen und ihrer Mitglieder".

Punto 2) all'ordine del giorno: "Determinazione del numero delle Commissioni legislative e del numero dei loro membri".

Ich eröffne die Debatte dazu und möchte mitteilen, daß ich es so handhaben werde, daß jeder Abgeordnete sich höchstens zwei Mal zu Wort melden kann. Ich glaube, daß Sie damit einverstanden sind und ich hoffe, daß sich die einzelnen Abgeordneten zeitmäßig, wenn möglich, auch im Rahmen halten.

Der Abg. D'Ambrosio hat das Wort.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, egregi colleghi, come tutti voi saprete, ieri c'è stata una riunione dell'Ufficio di Presidenza e dei capigruppo per favorire una sollecita ed opportuna definizione delle questioni relative al pieno funzionamento del Consiglio provinciale, dotandolo degli organi propri fra cui quello delle Commissioni, che come voi sapete hanno una rilevanza assai importante.

Per quanto riguarda il punto 2) dell'ordine del giorno: "Determinazione delle Commissioni legislative e del numero dei loro membri" noi abbiamo sollevato ieri, con la ripromessa di farlo anche in aula, una opportunità scaturita dall'esperienza tendente a dire che il numero delle Commissioni quali oggi sono - quattro - non è adeguato alla mole di attività del Consiglio provinciale e come all'interno delle quattro Commissioni vi siano competenze che andrebbero riequilibrare ridistribuendo queste tra le stesse Commissioni, sia nel caso che si elevassero a cinque, sia nel caso che restassero a quattro come attualmente.

Ieri, all'interno della conferenza dei capigruppo, è parso di capire che la maggioranza ritiene di dover rimanere al numero attuale; noi ci siamo permessi di segnalare questa, che riteniamo nel complesso dei lavori del Consiglio, anomalia, che andrebbe rivista e corretta nel senso che prima cercavo di ricordare. Sicché faccio notare a tutto il Consiglio che nell'ambito delle ipotesi di lavoro che dovrebbe affrontare la Commissione sul Regolamento - ovviamente oggi ci dobbiamo atte-

nere all'attuale Regolamento che prevede quattro Commissioni con determinate competenze - ci dovrebbe essere anche questa opportunità. Noi ci adeguiamo ad un orientamento prevalente, che é quello di mantenere inalterato e competenze e numero delle Commissioni legislative, ma riteniamo opportuna una ricognizione e una definizione tanto del numero quanto delle competenze delle medesime.

LANGER (AS): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bestellung der Kommissionen ist in diesem Landtag insofern besonders schwierig, als man sich in ein Prokrustesbett legen lassen muß, das einerseits durch den politischen Proporz und andererseits durch den Sprachenproporz vorgegeben ist. Ich möchte Ihnen das kurz beschreiben, damit auch die Öffentlichkeit weiß, wie das vor sich geht. Da gibt es also eine Berechnung, die von den Ämtern des Landtagspräsidiums angestellt wird, wo praktisch vorgerechnet wird, wieviel Kommissionsmitglieder der deutschen, ladinischen und italienischen Sprachgruppe anzugehören haben; das ist also praktisch die erste Einteilung. Zweitens wird der politische Proporz berechnet, d.h. wieviel Kommissionsposten den einzelnen Fraktionen aufgrund ihrer Stärke zustehen, und das ist schon der zweite Raster, der draufgelegt wird. Und drittens kommt dann ein sehr handfester Zwang dazu, daß die Mehrheitspartei in diesem Haus, nämlich die Südtiroler Volkspartei, kurz mitteilt, wieviele Mitglieder sie in jeder Kommission zu haben wünscht, da sie ja über eine entsprechend große Anzahl verfügt und praktisch von vornherein sagen kann, also in jeder Kommission sind mindestens 4 Mitglieder SVP-Mitglieder; und die Südtiroler Volkspartei dann sogar noch nach eigenem Belieben sagen möchte, in welche Kommission sie ein fünftes Mitglied bestellt. Den Übrigen bleibt nur noch die Möglichkeit, sich nach der Decke zu strecken bzw. zu versuchen, die ethnischen und politischen Rechtecken zu besetzen, die auf diese Weise überhaupt noch besetzbar sind. Ich sage das deswegen, weil das z.B. für uns zur Folge hat, daß wir einerseits, also in der Geschäftsordnungskommission nicht vertreten sein können, andererseits in den Gesetzgebungskommissionen gegen unseren Willen in Kommissionen, in denen die Landtagsfraktion für das Andere Südtirol gerne vertreten wäre, beispielsweise in der ersten Gesetzgebungskommission, die sich mit Kultur und Schulangelegenheiten beschäftigt, nicht vertreten sein kann, und wir dadurch uns in der mißlichen Situation befinden, zum Teil also in Kommissionen arbeiten zu müssen, wo wir eigentlich kein so großes Interesse hätten, entweder weil wir fachlich nicht so beschlagen sind, also, meine Kollegin und ich in je verschiedenen Gebieten, oder weil wir es politisch für richtig halten würden, in anderen Kommissionen zu arbeiten.

Ich glaube, daß wir zu Protokoll geben möchten und auch für die Öffentlichkeit vermerken müssen, daß die Aufteilung der Landtagsmitglie-

der in die verschiedenen Kommissionen leider von derart vielen Vorzvängen gekennzeichnet ist, damit eben die Rechnung politisch und sprachlich stimmt, daß es sehr schwer ist, die Kommissionen so zusammenzustellen, daß darin auch eine möglichst sinnvolle Arbeit denkbar ist. Es bleibt einem also nur die Möglichkeit, entweder mitzumachen und zu versuchen, die freibleibenden Restnischen, die sprachlich und politisch ungedeckt bleiben von der Mehrheit, zu besetzen, oder daran nicht mitzumachen und möglicherweise dann überhaupt noch schlechter wegzukommen, indem man dann womöglich in Kommissionen endet, die einen überhaupt nicht interessieren, bzw. wo dann die manchmal unverhüllt ausgesprochene Drohung besteht, ja gut, wenn ihr nicht mit den anderen das ausmacht, dann muß die Mehrheit eben durchwählen, und das Durchwählen der Mehrheit muß natürlich immer zuungunsten der Minderheit ausgehen. Wir haben also unseren Konsens zur Verteilung, zur Aufteilung der Kommissionen nach Sachgebieten, zur Anzahl der Kommissionen, so wie sie vorgeschlagen werden, nämlich vier, und zur Verteilung der Abgeordneten auf die Kommissionen nur deshalb gegeben, weil wir praktisch gezwungen waren, um schlimmeres zu vermeiden, uns eben nach der vorhandenen politischen und sprachlichen Decke zu strecken. Wir haben es herzlich ungern getan.

MERANER (PDU): Ich bin grundsätzlich einverstanden mit der Anzahl der Kommissionen und wir können sie auch so beibehalten, wie sie im Augenblick sind, wenn ich auch der Meinung bin, daß man in Zukunft neu über die Verteilung der Aufgabenbereiche wird nachdenken müssen. Zur Bestellung der Kommissionen selbst...

PRÄSIDENT: Herr Abg. Meraner, es ist im Sinne der Geschäftsordnung so, daß die Abgeordneten stehend sprechen.

MERANER (PDU): Ich möchte mich dafür entschuldigen, aber ich habe geglaubt, daß es technisch besser ginge, als wenn man gebückt sprechen muß.

Ich glaube aber, daß es doch im Sinne der Arbeit in den Kommissionen ist, daß speziell jene Fraktionen, die ja nur in einer Kommission arbeiten können, in jener Kommission eingeordnet werden, die sie selbst für die günstigste halten. Einmal, weil es doch für die Arbeit besser ist, wenn jemand in der Kommission ist, in der er glaubt, die besten fachlichen Voraussetzungen mitzubringen, und weil es auch sicher eine fruchtbarere Arbeit geben wird, wenn jemand in der Kommission arbeitet, in der er sich irgendwie zu Hause fühlt, als wenn er in eine andere Kommission hineingedrängt wird. Deshalb möchte ich besonders die Kollegen der Mehrheit bitten, daß sie darauf Rücksicht nehmen und jene Fraktionsmitglieder, die eben nur eine Kommission besetzen können, auch in-

sofern berücksichtigen, daß sie sie in jene Kommission einordnen, die sie selbst gewünscht haben.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Südtiroler Volkspartei ist der Meinung, daß ein vernünftiges Verhältnis zwischen Anzahl der Abgeordneten im Südtiroler Landtag und Anzahl der Gesetzgebungskommissionen gegeben sein sollte. Die Südtiroler Volkspartei ist der Meinung, daß dies im Hinblick auf die derzeitige Anzahl gegeben ist. Die Südtiroler Volkspartei verschließt sich jedoch nicht nachzudenken, ob es auch in Zukunft zu sinnvolleren Kombinationen der einzelnen Sachbereiche kommen könnte, dies zum einen. Sie spricht sich also für die Beibehaltung der derzeitigen Anzahl der Gesetzgebungskommissionen aus. Ein weiteres, daß die Südtiroler Volkspartei mit einer bestimmten Anzahl an Abgeordneten in den jeweiligen Gesetzgebungskommissionen vertreten ist, glaube ich, entspricht den demokratischen Spielregeln. Die demokratischen Verhältnisse sorgen also für ein entsprechendes, verhältnismäßiges Vertretensein in den Kommissionen und ich glaube nicht, daß man von einem reinen Belieben sprechen kann. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß es sicherlich nicht so sein kann, und es ist auch nicht so, wie es ein Kollege vorhin gesagt hat, daß die Südtiroler Volkspartei so nach dem Motto vorgehen würde: wenn ihr euch nicht einigt, wenn man es nicht ausmacht, dann würde man einfach durchwählen.

Die Südtiroler Volkspartei hat Sensibilität für die Anliegen auch der Opposition, und um dies auch zu dokumentieren, möchte ich bereits jetzt ankündigen, daß, bevor wir den zweiten Teil des Tagesordnungspunktes 2 behandeln werden, nämlich Festsetzung der Mitglieder der Gesetzgebungskommission, ich den Präsidenten namens der Südtiroler Volkspartei ersuchen werde, die Sitzung zu unterbrechen, damit die Südtiroler Volkspartei einige offene Fragen dazu noch abklären kann, im Rahmen einer Fraktionssitzung, Fragen, die wohl auch den kleineren Parteien im Südtiroler Landtag zugute kommen könnten.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, in ordine a quanto é stato detto dai colleghi che mi hanno preceduto, desidero dire che anche noi siamo del parere che le Commissioni andrebbero aumentate, per distribuire meglio le materie e soprattutto per consentire un lavoro più organico e redditizio ai fini dell'attività del Consiglio stesso. Però ci rendiamo conto, come ho già detto ieri in Commissione, che il numero dei consiglieri é tale per cui se vogliamo mantenere la presenza di sette membri in ogni Commissione non é facilmente prevedibile che vi sia un numero sufficiente di colleghi per riempire i posti di queste Commissioni, posto che essi hanno e incarichi di esecutivo e incarichi di rappresentanza sia nel Consiglio provinciale che in quello regionale di Trento. Per cui torna di attualità la nostra considerazione che già

altre volte abbiamo svolto, cioè di sollecitare affinché sia possibile aumentare il numero dei consiglieri, data anche la mole di lavoro e l'importanza dell'attività di questo Consesso.

In linea di principio siamo d'accordo nell'aumentare il numero delle Commissioni; purtroppo la realtà è quella che è. Ci dobbiamo arrendere e ci dichiariamo per il mantenimento attuale delle quattro Commissioni, certamente però si potrebbe avere una diversa distribuzione delle materie che sono previste per ogni Commissione. Mi sembra che la seconda Commissione abbia materie limitate e potrebbe quindi essere caricata di altre incombenze, che potrebbero essere tolte dalla terza Commissione, in modo da riequilibrare un po' il lavoro di queste due Commissioni.

Per quanto riguarda poi la presenza dei vari partiti nelle Commissioni stesse, come abbiamo avuto occasione di rilevare nella prima seduta allorché si è trattato di eleggere il Consiglio di Presidenza, noi riteniamo che si debba tenere conto del peso numerico. La democrazia è anche numero e di questo bisogna tenere conto. Io non mi faccio meraviglia che la SVP pretenda la giusta rappresentanza nelle Commissioni per il peso numerico che ha in questo Consiglio. Bisogna però che questo criterio, se lo adoperiamo in queste occasioni, lo teniamo presente sempre, mentre talvolta mi pare, come ho avuto occasione di rilevare nell'ultima seduta e negli anni passati, di questo non si tiene conto; allora valgono certe considerazioni di ordine politico attraverso le quali si determinano certi atteggiamenti, si pongono certi veti, si giudicano le altre forze, in particolare della minoranza, più o meno idonee a rivestire certi incarichi.

Credo che dobbiamo seguire in queste occasioni una regola precisa, tenendo presente l'importanza che hanno la presenza dei gruppi in questo Consiglio, il numero dei componenti dei gruppi stessi, naturalmente compatibilmente con le esigenze e il rispetto della proporzionale etnica, perché è da tenere in considerazione, poi, la qualità, la professionalità dei singoli membri che vengono proposti per le Commissioni.

In linea di principio attualmente siamo per il mantenimento delle quattro Commissioni; nelle sedi più opportune solleveremo il problema dell'aumento dei consiglieri di questo Consiglio, come di quello di Trento, per vedere di rendere più efficiente la struttura di questi organismi, in quanto ci sembra che effettivamente, dati gli impegni e l'importanza che sempre più va assumendo l'attività del Consiglio provinciale, esso dovrebbe essere composto di un maggior numero di persone proprio per ottenere il risultato migliore possibile. Non che solo l'aumento del numero dei consiglieri possa di per sé portare a questo, ma riteniamo, data l'esperienza, che sicuramente un aumento del numero dei consiglieri nel Consiglio provinciale possa essere un fattore positivo ai fini dello sviluppo dell'attività stessa.

In questo senso l'argomento all'ordine del giorno ci trova consenzienti nel mantenere le quattro Commissioni e in sede di nomina dei membri faremo le nostre scelte. Io vorrei dire che non ci dobbiamo preoccupare soltanto del fatto di mantenere le quattro Commissioni, ma, alla luce dell'esperienza della passata legislatura, raccomando in particolare al Presidente del Consiglio e ai futuri membri della Giunta che le Commissioni possano lavorare effettivamente, e in modo serio, e che abbiano il tempo sufficiente per sviluppare la loro attività. Non deve più accadere come in passato che alle Commissioni viene riservata una mezza mattinata del lunedì mattina, perché nel pomeriggio poi c'è la riunione della frazione del gruppo della SVP, che è tabù e non si può rinviare in ogni caso; così anche le altre attività finiscono per sommergere o sopraffare l'attività delle Commissioni.

Mi pare che dal lavoro delle Commissioni scaturisce poi il lavoro stesso del Consiglio provinciale ed è quindi basilare consentire a queste Commissioni di operare non solo con il massimo di libertà e di serietà, ma anche con i mezzi adeguati; e per mezzi adeguati non intendo soltanto l'eventuale presenza del traduttore simultaneo, che sicuramente, come abbiamo avuto occasione di vedere già ieri, si renderà necessario, ma anche la possibilità di attingere a documentazioni per averle a disposizione e avere anche personale e altri mezzi di informazione, che consentano a queste Commissioni di operare nel modo più serio, più impegnativo. Non deve succedere come è accaduto già purtroppo tante volte che si operi con la semplice lettura di qualche legge o passando sopra certi argomenti, che poi si sono rivelati determinanti in sede di votazione nell'ambito del Consiglio provinciale. Su questo punto credo che dobbiamo meditare tutti, perché non deve più accadere quanto è accaduto in passato, di dover convocare le Commissioni o alle 8.30, perché alle 9.30 bisognava già discutere l'argomento in aula o alle 14.30 fino alle 15, perché poi c'è Consiglio provinciale.

Il Consiglio provinciale deve consentire, nella sua attività e con il suo orario, prima di tutto il lavoro delle Commissioni, altrimenti è un perdere tempo e molto spesso ci si ritrova soltanto per verificare le proprie posizioni di principio e per affermare le proprie posizioni ideologiche, ma non per affrontare seriamente e discutere quei problemi che viceversa, attraverso un impegno più costruttivo e più serio delle Commissioni stesse, potremmo già preventivamente risolvere con vantaggio di tempo anche per l'attività del Consiglio provinciale.

KLOTZ (WDH): Wertes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was die Anzahl der Kommissionen betrifft, so bin ich dafür, daß die Anzahl vier beibehalten wird. Was die Mitglieder betrifft, so wäre ich auch der Meinung, daß man es bei sieben bleiben lassen sollte, denn es zeigt sich bei jeder Gelegenheit, daß die Arbeiten sehr erschwert wer-

den, wenn neue Mitglieder in eine Kommission aufgenommen werden.

Sollten zu einem späteren Zeitpunkt die verschiedenen Bereiche neu aufgeteilt werden, so wird sich noch die Gelegenheit bieten, das eine und andere verbessern zu helfen oder auch zu verschieben.

Ich möchte besonders ersuchen, bei der Zusammensetzung der Kommissionen vor allem jene zu berücksichtigen, die aufgrund der zahlenmäßig geringen Vertretung in diesem Landtag nicht in mehr als einer Kommission vertreten sein können. Das wird auch mich betreffen und ich hätte diesbezüglich auch meinen großen Wunsch, den ja die Fraktionssprecher gestern bereits vernommen haben. Ich kann also nur alle um Verständnis ersuchen.

Was der Fraktionssprecher der SVP gesagt hat, ist sehr zu begrüßen, nämlich die Sitzung zu unterbrechen, um noch einmal über die Zusammensetzung der Kommissionen zu reden; und ich finde das als ein Zeichen des Entgegenkommens, daß man sich bereit erklärt, noch einmal darüber zu reden, um wirklich auch die Wünsche jener zu befriedigen, die eben nicht die Möglichkeit haben, mit verschiedenen Mitgliedern oder Vertretern in andere Kommissionen auszuweichen.

Vielleicht ist es mir gestattet, in diesem Zusammenhang eine große Bitte auszusprechen, die zwar nicht auf die Tagesordnung gehört, die mir aber sehr am Herzen liegt, und zwar, wenn es möglich ist, das Rauchen etwas einzustellen hier. Ich habe eigentlich mit großer Verwunderung bemerkt, daß hier Aschenbecher stehen und daß geraucht wird. Ich möchte nur ersuchen, vielleicht sind die Kollegen bereit, diesem Wunsch zu entsprechen. Danke.

PRÄSIDENT: Ich möchte nur vermerken, daß es bisher nicht zur Gepflogenheit gehört hat, während der Landtagssitzungen zu rauchen und ich möchte die Abgeordneten ersuchen, diese Gepflogenheit weiterhin beizubehalten.

Das Wort hat Abg. Balzarini.

BALZARINI (DC): Anche noi siamo d'accordo sulle quattro Commissioni. Devo però dire per esperienza che nella terza Commissione, ad esempio, il rappresentante di lingua italiana era uno solo. La formazione delle Commissioni sarà senz'altro provvisoria, anche perché qualcuno dovrà sedere sui banchi della Giunta e quindi non potrà far parte delle Commissioni. Quindi io direi di procedere nella nomina di queste Commissioni, dato che sono provvisorie, e dopo la nomina della Giunta riprendere tutto il discorso.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Vorschlag ab, es bei den bisherigen vier Kommissionen zu belassen: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Auf Wunsch des Fraktionssprechers der SVP möchte ich jetzt die Sitzung kurz für eine Viertelstunde unterbrechen.

ORE 10.10 UHR

ORE 11.10 UHR

PRÄSIDENT: Es geht jetzt um die Zusammensetzung der Gesetzgebungskommissionen.

Gestern haben sich die Fraktionssprecher eingehend mit dieser Frage befaßt und sind dabei zu einer Hypothese gekommen, die ich hier zur Diskussion stelle. Ich möchte diesen Vorschlag hier unterbreiten. Er sieht folgendes vor: für die erste Gesetzgebungskommission: 4 Vertreter der SVP, 1 Vertreter WDH, 1 Vertreter KPI, und 1 Vertreter MSI.

Zweite Kommission: 5 Vertreter der SVP, wovon einer der ladinischen Volksgruppe angehört, 1 der AS, der in diesem Fall der italienischen Volksgruppe angehört, 1 der PRI.

Dritte Gesetzgebungskommission: 4 Vertreter der SVP, 1 Vertreter der PDU, 1 Vertreter der DC und ein Vertreter des MSI.

Vierte Kommission: 4 Vertreter der SVP, 1 Vertreter der AS, in diesem Fall wäre es der ladinische Vertreter, 1 Vertreter des PSI, und 1 Vertreter der DC.

Ich bitte um Wortmeldungen. Der Abg. D'Ambrosio hat das Wort.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Effettivamente le proposte ricalcano le discussioni fatte ieri nella conferenza dei capigruppo, per cui credo che si debba passare senza indugio ai nominativi. Per il gruppo comunista presento la proposta per la prima Commissione della collega Barbiero.

FRASNELLI (SVP): Namens der SVP erlaube ich mir, für die erste Kommission "allgemeine Angelegenheiten, Schule und Sport" folgende Herren vorzuschlagen: Pahl, Frasnelli, Saurer und Hosp. Danke.

MONTALI (MSI-DN): A nome del gruppo MSI-DN propongo per la prima Commissione il consigliere Pietro Mitolo.

KLOTZ (WDH): Da ich von unserer Gruppe des WDH allein in diesem Landtag vertreten bin, sehe ich mich gezwungen, mich selbst als Mitglied dieser Kommission vorzuschlagen.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Keine. Wir können im Sinne der Geschäftsordnung auch mit Handaufheben stimmen.

Es sind folgende Namen vorgeschlagen: Pahl, Frasnelli, Saurer, Hosp, Barbiero, Mitolo, Klotz.

Ich bringe nun diesen Vorschlag der Zusammensetzung der ersten Gesetzgebungskommission zur Abstimmung: mit zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

Ich bitte um Vorschläge für die zweite Gesetzgebungskommission. Der Abg. Langer hat das Wort.

LANGER (AS): Wir schlagen gezwungenermaßen, aus den Gründen, die ich vorhin schon erläutert habe, die Kollegin Andreina Emeri vor.

BOESSO (PRI): Come d'accordo con i capigruppo, il rappresentante del PRI si propone per la seconda Commissione.

FRASNELLI (SVP): Namens der SVP erlaube ich mir, für die zweite Kommission "Landwirtschaft, Umweltschutz, Verkehr- und Transportwesen" die Kollegen Zingerle, Messner, Ladurner-Parthanes, Kaserer und Valentin vorzuschlagen.

PRÄSIDENT: Es sind folgende Landtagsabgeordnete vorgeschlagen: Emeri, Boesso, Zingerle, Messner, Ladurner-Parthanes, Kaserer und Valentin. Wir stimmen über diese Zusammensetzung ab: mit 3 Enthaltungen genehmigt.

Wir kommen zur dritten Gesetzgebungskommission. Ich bitte um Vorschläge. Der Abg. Balzarini hat das Wort.

BALZARINI (DC): La DC propone il collega Giancarlo Bolognini.

MITOLO (MSI-DN): Il MSI propone il collega Luigi Montali.

MERANER (PDU): Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden und möchte mich auch für diesen guten Willen der Mehrheit bedanken.

FRASNELLI (SVP): Namens der SVP erlaube ich mir, für die dritte Kommission die Kollegin Franzelin und die Kollegen Peterlini, von Egen und Zingerle vorzuschlagen.

PRÄSIDENT: Es sind folgende Landtagsabgeordneten vorgeschlagen: Bolognini, Montali, Meraner, Franzelin, Peterlini, von Egen und Zingerle. Wir stimmen ab: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Wir kommen zur vierten Gesetzgebungskommission. Wer meldet sich zu Wort? Abg. Emeri.

EMERI-ARDIZZONE (AS): Io propongo per la lista alternativa per l'Altro Sudtirolo il collega Alexander Langer.

BOLOGNINI (DC): A nome della DC propongo il collega Balzarini Aldo.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): E' assente l'interessato, per cui propongo a membro di questa Commissione il collega Sfondrini.

FRASNELLI (SVP): Für die vierte Gesetzgebungskommission schlagen wir die Kollegin Franzelin und die Herren Kaserer, von Egen und Frasnelli vor.

PRÄSIDENT: Es sind folgende Landtagabgeordneten vorgeschlagen: Langer, Balzarini, Sfondrini, Franzelin, Kaserer, von Egen und Frasnelli. Wir stimmen ab: mit 2 Enthaltungen genehmigt.

Damit sind wir beim Punkt 4 der Tagesordnung angelangt. Gestern bei der Fraktionssprechersitzung ist dieser Punkt offen geblieben und wir hätten uns darauf geeinigt, daß wir diesen Punkt bei einer zukünftigen Sitzung behandeln.

Wir kommen zu Punkt Nr. 5 der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannes".

Punto 5) all'ordine del giorno: "Elezione del Presidente della Giunta provinciale".

Der Abg. Langer hat das Wort.

LANGER (AS): Herr Präsident, ich schlage den scheidenden Landeshauptmann Silvius Magnago vor und bitte, unverzüglich zur Wahl zu schreiten.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Da die Vorarbeiten für diesen Tagesordnungspunkt noch nicht erledigt werden konnten, ersuche ich Sie, diesen Tagesordnungspunkt sowie die Tagesordnungspunkte 6, 7, 8, 9, 10, 11 auszusetzen und mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 12 fortzufahren.

PRÄSIDENT: Es ist ein Antrag gestellt worden, daß die in Zusammenhang mit der Neubildung der Landesregierung vorgesehenen Punkte auf der Tagesordnung ausgesetzt werden. Ich möchte über diesen Antrag zwei Abgeordneten dafür und zwei dagegen das Wort erteilen. Abg. Mitolo dagegen.

MITOLO (MSI-DN): Io sono contro il rinvio, soprattutto del punto 5), perché é scontato che sarà Magnago ad essere Presidente della Giun-

ta provinciale, quindi non credo che valga la pena di rinviare questa discussione.

LANGER (AS): Herr Präsident, ich bin aus verschiedenen Gründen dagegen. Erstens, weil die Behandlung des Punktes 5 schon begonnen hatte. Ich habe einen Wahlvorschlag gemacht, der nicht unseren politischen Wunschvorstellungen entspricht, aber die Realität der Dinge wiedergibt. Es ist eindeutig voraussehbar, daß Silvius Magnago wieder Landeshauptmann wird. Ich halte es für unzumutbar, daß von jetzt bis Ostern der Landtag sozusagen auf der Spielwiese zusammentritt und sich mit Lappalien beschäftigt, denn so wird es dann sein, weil auf der Regierungsbank niemand sitzt. Da die Wahl von Magnago als Landeshauptmann sowieso voraussehbar ist, könnte ich mir durchaus vorstellen, daß zumindest der Punkt 5, dessen Behandlung wir schon begonnen hatten, heute behandelt und erledigt wird. Denn es ist nicht einzusehen, mit wem wir uns als Landtag in der nächsten Zukunft auseinandersetzen sollen und wollen, wenn die Landesregierung einfach fehlt. Sollen wir da inzwischen praktisch Beschäftigungstherapie betreiben? Sollen wir inzwischen der Bevölkerung den Eindruck geben, es sei alles in Ordnung, in Südtirol seien die Wahlen sozusagen nur eine Art Nebenereignis, weil sowieso die alte oder neue Regierung genauso bevollmächtigt weiterregieren kann? Sollen wir den Eindruck erwecken, daß die ordentliche Amtsführung in Ermangelung einer Landesregierung praktisch gleichwertig ist mit einer legitimierten Regierung? Sollen wir das tun, oder sollen wir endlich zumindest beginnen, die Landesregierung zu bilden, damit zumindest die politische Verantwortung für die Landesregierung von jemandem endlich übernommen wird und damit auch der Landtag zu arbeiten beginnen kann? Das ist der Grund, warum ich erstens einen Wahlvorschlag gemacht habe, ich sage, ich würde ihn dann nicht wählen, aber ich glaube, daß es eindeutig ist, daß Magnago die Mehrheit in diesem Hause haben wird, um Landeshauptmann zu werden und wir sehen nicht ein, warum er deswegen sozusagen mit einem schon verfallenen Legitimationstitel inzwischen genauso weiterregieren soll, dann soll ihm dieser Legitimationstitel zumindest erneuert werden. Wir wissen, daß eine ganze Reihe von schwerwiegenden politischen Entscheidungen in dieser Zeit trotzdem fällig sind und deswegen bin ich der Meinung, daß der Punkt 5 nicht vertagt werden kann und daß die Bevölkerung einen Anspruch hat, daß praktisch jetzt fast zwei Monate nach der Wahl endlich ein konkreter Ansatz zur Bildung der neuen Landesregierung gemacht wird. Andere Male regt man sich bei uns mehr oder weniger berechtigt darüber auf, daß beispielsweise in Italien oder in manchen anderen Regionen, Gemeinden oder Ländern die Bildung einer Regierung nach den Wahlen so furchtbar lang braucht, aber ich glaube, so lange wie bei uns braucht kaum irgendwo, obwohl die Mehrheitsverhältnisse so klar wie bei uns auch kaum anderswo

sein dürften. Deswegen bestehe ich auf den Vorschlag zum Tagesordnungspunkt Nr. 5 und bin entschieden gegen die Vertagung.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): In queste proposte si possono pronunciare due gruppi a favore e due contro. Avendo già preso la parola due gruppi che hanno espresso parere contrario, è gioco forza che noi formalmente si appaia come coloro i quali dichiarino di essere a favore di un rinvio. In effetti è solo una questione di forma, perché noi diremo che siamo favorevoli, per la forma, ad un rinvio di qualche ora o di qualche giorno.

In effetti non vorrei che fosse trascurato un dato, che è politico e amministrativo allo stesso tempo, e cioè che noi di fatto abbiamo una Giunta di affari correnti, tra l'altro composta da Assessori non più consiglieri provinciali, che sono trascorsi quasi due mesi dalle ultime elezioni, che in sostanza una vacanza politico-amministrativa è pregiudiziale rispetto alla mole di problemi e alla situazione complessiva che si è determinata nella nostra provincia. Sicché occorre dare piena e sollecita funzionalità al Consiglio a partire dall'espressione del governo provinciale, un governo provinciale che, sappiamo anche noi, non si forma in poco tempo e spoglio da discussioni e confronti, che noi però insistiamo debbano essere fatti non solo alla luce del sole, ma nel più ampio coinvolgimento delle forze politiche, sociali, imprenditoriali attorno ai problemi e alla situazione esistente nella nostra società. Questo a partire anche da un dato politico essenziale rappresentato da un deterioramento grave sul piano della convivenza fra i gruppi linguistici, oltre che un deterioramento pesante per quanto concerne la situazione economica, sociale e occupazionale.

Direi che non occorrono tempi morti, inerzie, rinvii e dispute attorno a problemi, non di sostanza, ma di forma, di Assessorati o di potere. Ecco perché la situazione incalza, non è possibile attardarsi ed è urgente definire questo punto essenziale rappresentato dal governo provinciale. Lo dico anche ai fini dei lavori e della prosecuzione dei lavori del nostro Consiglio.

Dico subito, rispondendo forse ad una ipotesi del collega capogruppo della SVP, che noi non siamo dell'opinione di trattare gli altri punti all'ordine del giorno in carenza di un legittimo confronto, presa di posizione della Giunta provinciale, che questo Consiglio deve poter esprimere. Riteniamo che sia essenziale questo interlocutore per il prosieguo dei nostri lavori ed anche per questa motivazione occorrono tempi solleciti nel modo che prima dicevo per la formazione del governo della nostra provincia.

PRÄSIDENT: Wer wünscht noch das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab: mit 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 12 der Tagesordnung: "Beschlussantrag Nr. 1/83 eingebracht durch die Abg.en D'Ambrosio und Barbiero, betreffend die Einsetzung einer Untersuchungskommission im Sinne des Art. 16 der Geschäftsordnung über die Genossenschaften "Gemeinschaft Marienheim/Neustift", "Kuratorium Schloß Prösels" und "Heinrich von Stuck".

Punto 12) all'ordine del giorno: "Mozione n. 1/83 presentata dai consiglieri D'Ambrosio e Barbiero, concernente la nomina di una commissione d'inchiesta ai sensi dell'art. 16 del Regolamento interno sulle cooperative "Gemeinschaft Marienheim/Neustift", "Kuratorium Schloß Prösels" e "Heinrich von Stuck".

Das Wort hat Abg. D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, egregi colleghi, ho appena detto nella conclusione delle motivazioni, per le quali di fatto noi eravamo contrari al rinvio del punto all'ordine del giorno, che riteniamo essenziale ai fini della discussione di questo nostro documento una presa di posizione della Giunta provinciale, che questo Consiglio deve ancora nominare. Ritengo pertanto giocoforza chiedere il rinvio di questo punto all'ordine del giorno.

MITOLO (MSI-DN): Noi siamo contro il rinvio. Ci sembra che l'argomento che tratta...

PRÄSIDENT: Wenn sich ein Widerspruch erhebt, dann lasse ich zwei Abgeordnete dafür sprechen und zwei dagegen, und lasse darüber abstimmen. Ich habe keinen anderen Weg, Abg. D'Ambrosio. Abg. Mitolo dagegen.

MITOLO (MSI-DN): Io sono contro, perché l'argomento é talmente importante che non credo debba necessariamente prevedere la discussione con la Giunta. La discussione può avvenire anche con la Giunta in ufficio per il disbrigo degli affari correnti.

D'altra parte, il problema che ha sollevato nell'opinione pubblica pesanti critiche e risentimenti, non credo possa essere rinviato a lungo e vale la pena di discuterlo per prendere una decisione in tal senso. Dico subito che noi siamo a favore della nomina della commissione sí vediamo cosa succede; ma rinviare ad una ipotetica Giunta dei compiti che sono di competenza di questo Consiglio, mi sembra un perdere tempo e basta.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Ovviamente siamo favorevoli ad un rinvio. Innanzitutto mi rivolgo ai colleghi che ritengono di prendere posizione ricordando loro che fin tanto che i presentatori di questa

mozione chiedono la sospensione della trattazione, si dovrebbe, come prassi abbastanza consolidata di questo Consiglio, considerare questo e consentire il rinvio.

L'altro motivo é che effettivamente noi riteniamo che di fronte a qualsiasi consesso, indipendentemente dall'argomento, ma anche per il carattere che ha avuto questa vicenda e che continua ad avere, sia essenziale la presenza della Giunta a pieno titolo. Questo Consiglio ha di fronte una proposta di mozione, e anche per i fatti passati questa Giunta provinciale, che oggi non c'è, deve assumere una sua posizione. Credo sia essenziale questo.

Sicché chiedo a maggior ragione che l'argomento venga sospeso. Se lo chiedono i proponenti, a maggior ragione questa richiesta deve essere accolta; non credo che debba essere la maggioranza di un Consiglio a decidere su una sollecitazione in un senso o nell'altro fatta da parte dei proponenti, ma ritengo essenziale che ai fini dei nostri lavori non ci possa essere una posizione così monca rappresentata dall'assenza, per i motivi che tutti noi conosciamo, di un governo provinciale. Io insisto sulla sospensione del punto 12) dell'ordine del giorno.

FRASNELLI (SVP): Ich habe den Ausführungen der Kollegen, insbesondere auch des Kollegen D'Ambrosio aufmerksam zugehört und die Argumente, die angeführt worden sind, zur Kenntnis genommen. Unter Berücksichtigung seiner Aussagen möchte ich, im Sinne der Geschäftsordnung, ihn ersuchen, den Beschlusantrag vorerst zurückzuziehen; für den Fall, daß seine Fraktion jedoch dies nicht zu tun gedenkt, spricht sich die Südtiroler Volkspartei für eine Behandlung des Beschlusantrages heute aus.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Noi avevamo messo nel conto una soluzione che diventa uno stratagemma, sia chiaro, ma non vorrei che diventasse poi una prassi, perché se inizia così questa legislatura, poi anche le altre volte si fa così. Quando ci sono altri documenti e qualcuno chiederà la sospensione, allora si dovrà arrivare alla votazione anche se la sospensione é richiesta dai proponenti. Si sappia che dopo non ci possono essere due pesi e due misure. Se i proponenti di un argomento chiedono una sospensione, non sarà più a discrezione dei proponenti valutare e rinviare, ma sarà la maggioranza del Consiglio a decidere se e come si deve procedere.

Noi usiamo lo stratagemma di presentare un qualsiasi documento, e quando chiediamo il rinvio, dato che si vuole procedere, lo ritiriamo, come facciamo adesso. Però la prossima volta, mi rivolgo ai colleghi soprattutto della minoranza, si sappia che non sono più loro a decidere dei loro atti, ma sono altri.

Io mi rimetto a questa novità - non si finisce mai di scoprire il nuovo -, per cui usiamo lo stratagemma del finto ritiro, nel senso che

ritiriamo oggi, ma lo ripresenteremo quando riteniamo opportuno; però sia chiaro che dopo bisogna trarne le debite conseguenze, nel senso che ogni qual volta c'è questo elemento il tutto va avanti.

PRÄSIDENT: Ich möchte etwas geltend machen, Abg. D'Ambrosio. Ich hätte keine Schwierigkeiten, dem Vorschlag auf Vertagung zuzustimmen, wenn sich kein Widerspruch erhebt. Aber in dem Moment, wenn sich ein Widerspruch aus dem Landtag erhebt, dann hat der einzelne Abgeordnete ein Recht darauf, daß ein auf der Tagesordnung stehender Tagesordnungspunkt behandelt wird. Wie komme ich als Präsident dazu, das nicht zuzulassen? Ich lasse darüber abstimmen, der Landtag ist souverän, ob er einen Punkt behandeln will oder nicht, im Einverständnis mit dem Landtag.

Punkt 13 der Tagesordnung: "Ernennung eines Landtagsabgeordneten zum Mitglied des Kollegiums der Rechnungsprüfer des Landesverkehrsamtes, welcher der deutschsprachigen Minderheit angehört (Art. 44 des L.G. vom 6.9.1976, Nr. 41)".

Punto 13) all'ordine del giorno: "Nomina di un consigliere provinciale facente parte della minoranza del gruppo linguistico tedesco a membro del collegio dei revisori in seno all'Ufficio provinciale per il turismo (art. 44 L.P. 6.9.1975, n. 41)".

Hier liegt ein Brief vor vom zuständigen Landesrat Spögler, den ich zur Verlesung bringe:

Mit Ablauf der Gesetzgebungsperiode des Landtages läuft auch die Amtszeit des Kollegiums der Rechnungsprüfer des Landesverkehrsamtes ab.

Damit die Erneuerung dieses Kollegiums baldmöglichst vorgenommen werden kann, ersuchen wir Sie höflichst, im Sinne von Art. 44 des Landesgesetzes vom 6. September 1976, Nr.41, i.g.F., einen der Minderheit angehörenden Landtagsabgeordneten der deutschen Sprachgruppe für die Ernennung zum Mitglied des genannten Kollegiums namhaft zu machen.

Ich frage die beiden Vertreter, ob sie in der Lage sind, einen diesbezüglichen Vorschlag zu machen. Das Wort hat die Abg. Klotz.

KLOTZ (WDH): Da es in dieser Hinsicht um die Ernennung eines Rechnungsprüfers aus diesen beiden Bänken geht, möchte ich Herrn Meraner vorschlagen, da ich selber keinerlei Absichten hätte, dieses Amt zu übernehmen.

PRÄSIDENT: Sind andere Wortmeldungen? Keine. Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 30, Meraner 21, weiße Stimmzettel 8, 1 ungültiger Stimmzettel. Damit ist der Abg. Meraner zum Rechnungsprüfer für das Landesfremdenverkehrsamt gewählt worden.

Punkt 14 der Tagesordnung: Beschluß des Landesausschusses Nr. 6993: "Verfassungsgerichtshof - Anfechtung des Art. 11, zehnter Absatz, der Notverordnung Nr. 463 vom 12.9.1983, umgewandelt ins Gesetz Nr. 638 vom 11.11.1983, betreffend "Dringlichkeitsmaßnahmen im Sozialvorsorge- und Gesundheitsbereich und zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, sowie Bestimmungen für verschiedene Bereiche der öffentlichen Verwaltung und Verlängerung einiger Termine" - Auftragserteilung an Prof. Adv. Giuseppe Guarino aus Rom".

Punto 14) all'ordine del giorno: "Delibera della Giunta provinciale n.6993: "Corte Costituzionale - Impugnazione dell'art.11, comma decimo, del decreto-legge 12.9.1983, n.463, convertito in legge 11.11.1983, n.638, concernente: "Misure urgenti in materia previdenziale e sanitaria e per il contenimento della spesa pubblica, disposizioni per vari settori della pubblica amministrazione e proroga di taluni termini" - Conferimento d'incarico al Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma".

Ich verlese den Beschluß:

Nach Einsichtnahme in die Notverordnung Nr.463 vom 12. September 1983, veröffentlicht im Gesetzesanzeiger der Republik vom 12.9.1983, Nr.250, umgewandelt ins Gesetz Nr.638 vom 11. November 1983, veröffentlicht im Gesetzesanzeiger der Republik vom 11. November 1983, Nr.310, die mit Art.11, zehnter Absatz, dem Art.13 des Gesetzes Nr.181 vom 26.4.1982, nach dem dritten Absatz zwei weitere Absätze anfügt; die angefügten Absätze erteilen dem Gesundheitsminister die Befugnis, gegenüber den Sanitätseinheiten die unterlassenen oder jedenfalls notwendigen Maßnahmen zu treffen, falls die autonome Provinz Bozen insofern nicht dieselben trifft;

erachtet, daß die Bestimmungen des Art.11, zehnter Absatz der genannten Notverordnung Nr.463 von 1983 wegen Verletzung des Art.54, Punkt 5 des Autonomiestatutes für die Region Trentino-Südtirol, gemäß dem mit D.P.R. Nr.670 vom 31.8.1972 genehmigten Einheitstext, verfassungswidrig sind, da laut dieser Bestimmung des Autonomiestatutes nur dem Landesausschuß die Aufsicht und die Kontrolle über die Sanitätseinheiten, inbegriffen die Befugnis zur Ernennung von Kommissären, obliegen, während dem Staate insofern nur die außerordentlichen Maßnahmen

vorbehalten sind, wenn sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung getroffen werden müssen;

erwogen außerdem, daß die Bestimmungen des Art. 11, zehnter Absatz, der genannten Notverordnung Nr. 463 von 1983 die Gesetzgebungsbefugnisse der autonomen Provinz Bozen in den Sachbereichen Hygiene und Gesundheitswesen, einschließlich der Gesundheits- und Krankenfürsorge, sowie die Verwaltungsbefugnisse derselben verletzen; diese Befugnisse stehen der Provinz aufgrund der Artikel 9, Punkt 10 und 16 des D.P.R. Nr. 670 vom 31.8.1972 zu;

nach Einsichtnahme in das Regionalgesetz, insbesondere Art.15, der Region Trentino Südtirol vom 30.4.1980, Nr.6, betreffend die "Ordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bezirksbereich";

für notwendig erachtet, die obgenannten Bestimmungen der Notverordnung Nr.463 von 1983 vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten und, angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit, sich der im Art.54, Nr.7 des Autonomiestatutes vorgesehenen Befugnis zu bedienen;

nach Einsichtnahme in die Art.98 des D.P.R. 31.8.1972, Nr.670, und 32 des Gesetzes Nr. 87 vom 11.3.1953;

b e s c h l i e ß t

der Landesausschuß mit Stimmeneinhelligkeit:

- a) vor dem Verfassungsgerichtshof den Art. 11, zehnter Absatz, der Notverordnung Nr.463 vom 12.9.1983, umgewandelt im Gesetz Nr.638 vom 11.November 1983, betreffend "Dringlichkeitsmaßnahmen im Sozialfürsorge- und Gesundheitsbereich und zur Einschränkung der öffentlichen Verwaltung und Verlängerung einiger Termine", wegen Verletzung der Art.9, Punkt 10; 16 und 54, Punkt 5 des D.P.R. Nr. 670 vom 31.8.1972 anzufechten und den Landeshauptmann zu ermächtigen, den entsprechenden Rekurs einzubringen;
 - b) die Vertretung und Verteidigung der autonomen Provinz Bozen dem Prof. Adv. Giuseppe Guarino aus Rom zu übertragen und das Zustellungsdomicil bei demselben in Rom, Piazza Borghese Nr. 3 zu benennen;
 - c) den Landeshauptmann zu ermächtigen, dem genannten Anwalt die notwendigen Vollmachten zu erteilen;
 - d) eine Abschrift des gegenständlichen Beschlusses an den Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit derselbe dem Landtag in der ersten darauffolgenden Sitzung, gemäß und für die Wirkungen des Art.54, Nr.7 des D.P.R. vom 31.8.1972, Nr.670, zur Ratifizierung vorgelegt wird;
 - e) die Liquidierung einer Anzahlung für Anwaltskosten zugunsten des Prof. Adv. Giuseppe Guarino aus Rom sowie jene endgültigen und die eventuellen Prozeßkosten mit einem späteren Beschluß vorzunehmen.
- Dieser Beschluß bringt keine Buchung irgendwelcher Ausgaben mit sich.

Visto il decreto-legge 12 settembre 1983, n.463, pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale n.250 del 12.9.1983, convertito in legge 11 novembre 1983, n.638, pubblicata sulla Gazzetta Ufficiale n.310 del 11.11.1983, il quale con l'art.11, comma decimo, aggiunge all'art.13 della legge 26 aprile 1982, n.181, dopo il terzo comma due ulteriori commi che attribuiscono al Ministro della Sanità il potere di adottare nei confronti delle Unità Sanitarie Locali i provvedimenti omessi o comunque necessari quando la Provincia autonoma di Bolzano non vi provveda all'uopo;

ritenuto che le disposizioni dell'art. 11, comma decimo, del citato D.L. n. 463 del 1983 siano costituzionalmente illegittime per violazione dell'art.54, punto 5), dello Statuto Speciale di autonomia per la Regione Trentino-Alto Adige, nel T.U. approvato con D.P.R. 31.8.1972, n.670, in base al quale spetta solamente alla Giunta provinciale la vigilanza e la tutela sulle Unità Sanitarie Locali, compreso il potere di nominare i commissari, mentre al riguardo sono riservati allo Stato unicamente i provvedimenti straordinari di cui sopra, allorché siano dovuti a motivi di ordine pubblico;

ritenuto inoltre che le disposizioni dell'art.11, comma decimo, del citato D.L. 463 del 1983 siano invasive delle competenze legislative della Provincia autonoma di Bolzano in materia di igiene e sanità ivi comprese l'assistenza sanitaria ed ospedaliera, e delle potestà amministrative, competenze spettanti alla medesima in base agli artt.9, punto 10, e 16 del D.P.R. 31.8.1972, n. 670;

vista la legge regionale ed in particolare l'art. 15 della Regione Trentino-Alto Adige 30.4.1980, n.6, concernente l'ordinamento delle Unità Sanitarie Locali;

ritenuto necessario di dover impugnare le suindicate disposizioni del decreto-legge n. 463 del 1983, innanzi alla Corte Costituzionale e di avvalersi, stante l'urgenza del caso, del potere di cui all'art. 54, n. 7, dello Statuto Speciale di Autonomia;

visti gli articoli 98 del D.P.R. 31.8.1972, n. 670, e 32 della legge 11.3.1953, n. 87;

la Giunta provinciale ad unanimità di voti,

d e l i b e r a:

- a) di impugnare davanti alla Corte Costituzionale l'art.11, comma decimo, del decreto-legge 12.9.1983, n.463, convertito in legge 11 novembre 1983, n.638, concernente "Misure urgenti in materia previdenziale e sanitaria e per il contenimento della spesa pubblica, disposizioni per vari settori della pubblica amministrazione e proroga di taluni termini per violazione degli artt.9, punto 10; 16 e 54, punto 5, del D.P.R. 31.8.1972, n.670, e di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a proporre il relativo ricorso;
- b) di affidare la rappresentanza e la difesa della Provincia autonoma di Bolzano al Prof.Avv.Giuseppe Guarino di Roma e di eleggere domicilio presso lo stesso in Piazza Borghese n. 3;

- c) di autorizzare il Presidente della Giunta provinciale a rilasciare al predetto difensore le occorrenti deleghe;
- d) di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposto per la ratifica al Consiglio stesso, nella sua prima riunione successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'art. 54, n. 7, del D.P.R. 31.8.1972, n. 670;
- e) di riservare ad altro provvedimento la liquidazione di un acconto per spese legali in favore del Prof. Avv. Giuseppe Guarino di Roma, nonché di quelle definitive ed eventuali di giudizio.

Il presente provvedimento non comporta impegno di spesa.

Das Wort hat Abg. Oberhauser.

OBERHAUSER (SVP): Im Art. 11 der besagten Notverordnung, zehnter Absatz, sind zwei Absätze angefügt worden, die besagen, daß der Gesundheitsminister die Befugnis besitzt, gegenüber den Sanitätseinheiten unterlassene oder jedenfalls notwendige Maßnahmen zu treffen, falls die autonome Provinz Bozen dieselben nicht treffen sollte. Diese Bestimmung, die da hinzugefügt worden ist, stellt eine klare Verletzung des Art. 54, Punkt 5, des Autonomiestatutes dar, der lautet: Dem Landesauschuß obliegen die Aufsicht und Kontrolle über die Gemeindeverwaltungen, über die öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen, über die Verwaltungsverbände und über die anderen örtlichen Körperschaften und Anstalten, einschließlich der Befugnis zur gesetzlich begründeten Suspendierung und Auflösung ihrer Organe. In den obgenannten Fällen und wenn die Verwaltungen aus irgendeinem Grund nicht in der Lage sind, ihre Tätigkeit auszuüben, steht dem Landesauschuß auch die Ernennung von Kommissaren zu, die in der Provinz Bozen aus jener Sprachgruppe zu wählen sind, die im wichtigsten Vertretungsorgan der Körperschaft die Mehrheit der Verwalter stellt." Das ist die Verletzung des Art. 54, Punkt 5. Diese Bestimmung im Gesetz Nr. 638 ist also klar verfassungswidrig, da laut Autonomiestatut nur dem Landesauschuß die Aufsicht und die Kontrolle über die Sanitätseinheiten, inbegriffen auch, wie wir gehört haben, die Befugnis zur Ernennung von Kommissaren, obliegt, während dem Staat nur die außerordentlichen Maßnahmen vorbehalten sind, wenn sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung getroffen werden müssen. Die Bestimmungen des Art. 11, zehnter Absatz, dieser Notverordnung, um den es sich bei der Anfechtung handelt, verletzen die Gesetzesbefugnisse der autonomen Provinz Bozen in den Sachbereichen Hygiene und Gesundheitswesen, einschließlich der Gesundheits- und Krankenfürsorge, sowie auch der Verwaltungsbefugnisse. Laut Autonomiestatut, d.h. laut D.P.R. Nr. 670 vom 31.8.1972, Art. 9, Punkt 10, der da lautet: Die Provinzen erlassen im Rahmen der im Art. 5 gesetzten Grenzen Gesetzesbestimmungen auf folgenden Sachgebieten: 10) Hygiene und Gesundheitswesen, ein-

schließlich der Gesundheit und Krankenhausfürsorge. Da stehen diese Befugnisse ganz klar der Provinz zu und deswegen ist diese Maßnahme, die der Staat hier ergriffen hat, ganz klar eine Gesetzesverletzung und eine Kompetenzverletzung, und deswegen die Anfechtung. Auch das Regionalgesetz Nr.6 vom 30. April 1980 über die Ordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bezirksbereich sagt im Art.15 folgendes aus: Kontrolle über die Akten und Organe des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bezirksbereich wird vom Landesausschuß im Sinne des Art. 54 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, ausgeübt. Bezüglich der Einzelheiten und Fristen der Kontrolle sind die Bestimmungen des Regionalgesetzes vom 21.Oktober 1963, Nr.29, und späterer Änderungen und Ergänzungen anzuwenden. Der Kontrolle, auch der Sachkontrolle, unterliegen die Beschlüsse betreffend:

1. die Ordnungsbestimmungen oder Maßnahmen allgemeiner Tragweite, ähnlicher Art, einschließlich der Personalordnungen;
2. die Haushalte und deren Änderungen;
3. die Jahres- und Mehresjahrespläne und Programme, die Abkommen über die Einbringung gesundheitsbezogener Leistungen.

Also, auch aufgrund dieses Artikels des Regionalgesetzes, das ein Ordnungsgesetz darstellt auf diesem Sachbereich, ist hier eine Verletzung klar ersichtlich. Deswegen hat der Landesausschuß beschlossen, diese Notverordnung in diesem Punkt beim Verfassungsgerichtshof anzufechten.

Der Art. 98 des Autonomiestatutes regelt die Anfechtung. Ich glaube, es erübrigt sich, daß ich auch diesen Artikel vorlese, bei der Anfechtung ist eben diesem Artikel Rechnung getragen worden. Es wurde uns jetzt, noch in letzter Minute, auch vom Rechtsamt mitgeteilt, daß man auch noch den Artikel des Autonomiestatutes, und zwar den Art.15, zitieren sollte, weil auch hier eine Gesetzesverletzung da ist, den würden wir dann ergänzen und zwar mit einer Ergänzung, die wir einbringen.

Der obige Abänderungsantrag, den wir jetzt vorlegen: möge in den vorletzten Absatz des Beschlusses eingefügt werden: "In Anbetracht, daß die Notverordnung Nr.463 vom 12.9.1983 auch den Art.15 des Autonomiestatutes, der die Industrieförderung betrifft, verletzt."

Also, auch aus diesem Grunde wird noch zusätzlich diese Anfechtung gemacht, weil hier die Kompetenzen ganz klar vom Staat überschritten worden sind und deswegen wir uns gezwungen sehen und verantwortlich sehen, daß man diese Anfechtung beschließen soll.

BOESSO (PRI): Signor Presidente, in linea di principio noi repubblicani siamo d'accordo e voteremo questa delibera, però io colgo l'occasione per dire questo. Perché lo Stato italiano ha dovuto fare la legge qui citata? A Bolzano dobbiamo sì difendere l'autonomia, ma gli amministratori devono metterci un po' più di responsabilità; in questo

caso mi rivolgo all'Assessore alla sanità. Come si può in una nostra USL avere da sei mesi un primariato di lingua tedesca coperto da un aiuto e non si provvede in merito? In linea di principio dobbiamo difendere eventuali violazioni allo Statuto, però la Giunta in carica deve anche provvedere ad eliminare queste distorsioni.

KLOTZ (WDH): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es wird dies sicher nicht die einzige Gelegenheit sein, um zu erkennen, wie unzulänglich die Absicherung der verbrieften Rechte der Südtiroler in diesem Staate ist. Es ist aber die erste Gelegenheit, um das einmal mehr bestätigt zu finden, was unsere Gruppierung seit Jahren befürchtet und sagt, nämlich, daß um jede Kleinigkeit gerungen werden muß, daß es einen ständigen Kampf gibt, das zu erreichen, was seit Jahrzehnten versprochen wird und was uns längst zustünde.

Für heute soll diese Bemerkung alles sein, ich werde für diesen Antrag stimmen.

PRÄSIDENT: Ich verlese nochmals den Wortlaut der von Landesrat Oberhauser vorgeschlagenen Änderung. Diese Änderung wird vor dem vierten Absatz, wo es heißt "nach Einsichtnahme" eingefügt: "in Anbetracht, daß die Notverordnung Nr.463 vom 12.9.1983 auch den Art.15 des Autonomiestatutes, der die Industrieförderung betrifft, verletzt".

Ich verlese auch den italienischen Text: "anche in considerazione del fatto che il decreto-legge n.463 del 12.9.1983 viola anche l'art.15 dello Statuto di autonomia, che riguarda l'incentivazione industriale".

Wir stimmen jetzt über diese Änderung ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Wir stimmen jetzt über den Beschluß ab: mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Somit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 12.08 UHR